

Mit der SVP ins Heidiland

«In der Opposition macht man das Gleiche wie in der Regierung, aber mit anderen Mitteln.» Das sagte Christoph Blocher gegenüber der NZZ kurz vor seiner Wahl in den Bundesrat. Seither sind über zwei Jahre vergangen, doch die SVP macht auch als stärkste bürgerliche Partei immer noch Politik mit den Instrumenten der Opposition. Jüngstes Beispiel ist ihre Ankündigung des überflüssigen Referendums gegen die Kohäsionsmilliarde an die neuen EU-Mitgliedländer in Osteuropa. Die Parteispitze schob nach einigem Lamentieren finanzpolitische Argumente gegen die an sich wenig bedeutsame Zahlung vor. Eigentlich aber geht es einmal mehr darum, den Anti-Europa-Reflex an der Basis zu befrieden.

STAGNATION

Die neue SVP ist Anfang der 1990er Jahre mit einem Programm angetreten, das ihr Vordenker Christoph Blocher später im Zürcher Kaufleuten vor versammelter Weltpresse als nicht nationalistisch, sondern «liberal-konservativ» charakterisiert hat. Als weltweit operierender Unternehmer und wertkonservativer Politiker verkörperte Blocher damals diesen Mix aus wirtschaftsliberalem Denken und nationalkonservativem Heimatgefühl geradezu vollkommen. Seine Anhänger bewunderten Blochers wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz, aber sie wählten ihn wegen seiner unbeugsamen europapolitischen Haltung.

Mit der Wahl Blochers in den Bundesrat kam dem SVP-Zug die Dampflok abhanden. Bei kantonalen und kommunalen Wahlen seit 2003 weist die SVP unter dem Strich zwar immer noch schwarze Zahlen aus. Doch wo die Partei bereits die dominierende ist, stösst sie inzwischen an die Decke. Zumal es der SVP bisher auch verwehrt blieb, ihre Präsenz in kantonalen und kommunalen Exekutiven massgeblich aufzustocken. Es fehlt ihr hierfür vielerorts nicht nur an willigen und fähigen Köpfen, sondern auch an der notwendigen parteiübergreifenden Unterstützung. Mit zu extremen Positionen und oft fleghaftem Marketing vermochte die SVP bei den Parlamentswahlen zu punkten, empfahl sich damit aber nicht für die Regierungsverantwortung.

Inzwischen ist die SVP in ihrer Häme gegen die bürgerliche Konkurrenz auffällig zahmer geworden. Stil-Debatten, einst als billige Ausrede der Konkurrenz verlacht, haben mittlerweile sogar in der Zürcher Kantonalpartei Einzug gefunden. Und bei parteiinternen Differenzen war neuerdings auch schon von «innerparteilicher Demokratie» (Ueli Maurer) die Rede, wo früher mit Parteiausschluss gedroht wurde. Bei der bedeutsamen Abstimmung um die Personenfreizügigkeit stellte sich erstmals ein namhafter Teil der Fraktion gegen die Parteiparole. Beim Referendum gegen die Kohäsionsmilliarde übt man sich nun zwar in Parteiräson, doch eine Äusserung des Thurgauer SVP-Nationalrats und Unternehmers Peter Spuhler im «Tages-Anzeiger» war vielsagend: Er gewichte seine Argumente mit «45 zu 55» gegen die Vorlage – «45 Prozent Wischi und 55 Prozent Waschi», so würde die SVP eine solche Rechtfertigung wohl quittieren, käme sie von einem Freisinnigen.

Unlängst hat sich selbst Christoph Blocher nach öffentlichem Druck für einen «sprachlichen Fehler» entschuldigt. So etwas hat es früher nicht gegeben. Die SVP ist offenbar auf der Suche nach einem neuen Auftritt, der ihrer Führungsrolle gerecht wird. Gleichzeitig muss sie aber zwecks Machterhalt doch immer wieder die Oppositionskeule schwingen, um ihren rechten Rand bei Laune zu halten. Nur zur Erinnerung: 1991 lag der Wähleranteil von Kleinparteien am rechten Rand (Freiheitspartei, Schweizer Demokraten) noch bei nahezu 10 Prozent. Bis 2003 ist dieser Anteil auf ein knappes Prozent geschrumpft, während die SVP von 11,9 auf 26,7 Prozent zugelegt hat. Alt SVP-Bundesrat Adolf Ogi hat

diesbezüglich einst despektierlich (aber wohl zutreffend) von «Flugsand» gesprochen, der noch keineswegs fest an der SVP haftet. Wenn etwa, wie unlängst im Kanton Zug geschehen, ein abtrünniger SVPLer eine neue SD-Ortssektion gründet, dann läuten bei Ueli Maurer die Alarmglocken. Oder wenn sich in Bern alt Nationalrat Valentin Oehen mit den SD zwecks Kampf gegen Lockerungen bei der Lex Koller versöhnt. Die SVP wird dieses Thema nicht einfach als Marginalie abtun können, war doch der Widerstand gegen den «Ausverkauf der Heimat» für Teile ihrer neuen Basis zentraler Bestandteil der politischen Sozialisation. Ob also Kohäsionsmilliarde, CVP-«Muslimpapier» oder Raumplanung: Die SVP reagiert zusehends nervöser, wenn andere Parteien ihre konservativen Kernthemen antasten – die Hetzerin könnte leicht zur Gehetzten werden.

KNACKNUSS SWISSCOM

Besonders problematisch wird es für die SVP, wenn sie sich für ihre wirtschaftspolitischen Programme stark machen muss. Eine Bewährungsprobe hierfür ist die geplante Swisscom-Privatisierung. Immerhin wurde das ambitionierte (und von Moritz Leuenberger nach der Niederlage mit dem Elektrizitätsmarktgesetz auf Eis gelegte) Projekt von Blocher selber neu angestossen. Das Problem: Auch wenn Blocher der SVP den liberalen Stempel aufgedrückt hat, so ist die Basis der einstigen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei ihren

strukturkonservativen Wurzeln doch treu geblieben.

Entsprechend sorgfältig versucht die SVP nun ihre Anhänger auf den Privatisierungsschritt einzustimmen. Im Februar wurden die Delegierten mit gut geölten Reden geschmiert, und am kommenden Montag wird die SVP ein unüblich umfangreiches Strategiepapier präsentieren, das hinsichtlich der Verwendung des Swisscom-Verkaufserlöses neben der Schuldentilgung erneut (vorsichtig) Barauszahlungen an die Steuerzahler zur Diskussion stellt. Und doch würde es nicht verwundern, wenn die SVP-Anhänger dereinst die Swisscom-Privatisierung mehrheitlich ablehnen. Es wäre bei der SVP nicht das erste Mal, dass man Blochers liberale Wirtschaftspolitik frenetisch beklatscht, dann aber frischfröhlich nach Hause geht, um gemeinsam mit der gewerkschaftlichen Linken für das Gegenteil zu stimmen – man erinnere sich nur etwa an das gescheiterte Elektrizitätsmarktgesetz.

Bisher hat es der SVP nicht geschadet, dass sie Liberalismus predigt, aber Subventionen trinkt. Ein Viertel der SVP-Fraktion sind schliesslich Bauern, und auch als Parteipräsident amtiert immer noch ein Bauernfunktionär. Blocher mag mit seinem wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs die Konkurrenz verunsichern haben, die SVP-Wähler aber interessieren sich für den nationalkonservativen Programmteil. Aufgrund von Wahlumfragen geht man an der Universität Zürich sogar davon aus, dass die SVP von ihren Anhängern nicht

wegen, sondern trotz der staatskritischen Programmatik gewählt wird. Die SVP hat über Jahre hinweg erfolgreich eine isolationistische und strukturkonservative Bewegung mobilisiert – mit weitreichende Konsequenzen.

LINKSRUTSCH ALS KONSEQUENZ

Wirtschafts- und sozialpolitische Reformen liessen sich bisher keine umsetzen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die SVP ihre eigene Basis nicht zu überzeugen vermag. Gleichzeitig leitete die medial inszenierte «bürgerliche Wende» – die eigentlich gar nicht stattfand – eine Gratis-Mobilisierung im links-grünen Lager ein. Der markante Rechtsrutsch innerhalb des bürgerlichen Lagers scheint neuerdings auch die Balance zwischen dem linken und dem rechten Lager nachhaltig zu stören. Und angesichts der kriselnden Konkordanz sind es die diesbezüglich unverbraucht wirkenden Grünen, die zulegen. Und so scheint die Linke ausgerechnet dank dem Aufstieg einer neokonservativen Partei zusehends an Terrain zu gewinnen.

Die SVP verspricht in ihrem Programm mehr Schweiz für weniger Geld. Im Zeitalter der Globalisierung ist es indes gerade der wirtschaftspolitische Heimatschutz, der das Land teuer zu stehen kommt. Doch die führende bürgerliche Kraft verkriecht sich ins Heidiland und klagt über böse Ausländer und Asylbewerber. So auch an diesem Wochenende – sinnigerweise in Maienfeld.

Eine halbe Stunde weniger von Genf bis St. Gallen

Bund und SBB konkretisieren die zweite Etappe von Bahn 2000

4,7 Milliarden Franken will der Bund bis 2030 in die nationale Eisenbahninfrastruktur investieren, allein 2 Milliarden zwischen Olten und Mellingen. Auf der Strecke bleiben der dritte Jura-Durchstich sowie ein zweiter Heitersberg-tunnel. Biel und St. Gallen rücken auf eine Stunde an Zürich heran; Bern–Lausanne wird um 12 Minuten kürzer.

P. S. Im September 2005 hatten das Bundesamt für Verkehr (BAV) und die SBB dargelegt, welche Schwerpunkte sie bei der zweiten Etappe der Bahn 2000 setzen wollen, die jetzt unter dem Titel «Zukünftige Entwicklung Bahnprojekte (ZEB)» geführt wird. Darunter subsumieren Verwaltung und Bahn alle Vorhaben, die aus dem Fonds zur Finanzierung von Grossprojekten des öffentlichen Verkehrs (Finöv) gespeist werden, insbesondere auch die neuen Alpentransversalen durch Lötschberg und Gotthard und die als Zufahrten zu ausländischen Hochgeschwindigkeitsstrecken deklarierten Ausbauten.

Ein «Kernangebot» und ein Puffer

Am Freitag konkretisierten BAV-Direktor Max Friedli und SBB-Chef Benedikt Weibel, wie sie die Fäden weiterspinnen wollen für das Netz, das sie Ende 2004 unter dem Titel «erste Etappe von Bahn 2000» über die Schweiz gelegt haben. Auf der Basis von Prognosen des Bundesamts für Raumentwicklung und einer daraus zu erwartenden durchschnittlichen landesweiten Nachfragesteigerung von 50 Prozent leiteten Behörde und Bahn ein nationales Angebotskonzept ab, das bis 2030 zusätzlich zu den laufenden oder in der Planung schon weiter vorangeschrittenen Vorhaben Investitionen von 4,7 Milliarden Franken bedingt.

Zu den Ausbauten, die sie voraussetzen, gehören neben den via Finöv finanzierten Vorhaben auch Projekte, die anderweitig alimentiert werden, insbesondere die zweite Durchmesserlinie in Zürich mit dem Bahnhof Löwenstrasse.

Die Mittel im Finöv-Fonds

P. S. 6 Milliarden aus dem mit 30,5 Milliarden dotierten Finöv-Fonds (Preisstand 1995) wurden für die erste Etappe von Bahn 2000 aufgewendet. 15 Milliarden sind für die beiden neuen Alpentransversalen vorgesehen und 1 Milliarde für den Ausbau der Zufahrten zu ausländischen Hochgeschwindigkeitsstrecken. Von den verbleibenden 6 bis 7 Milliarden sollen 4,7 Milliarden ab 2012/13 in das «Kernangebot» der zweiten Etappe von Bahn 2000 investiert werden. All diese bis 2030 zu realisierenden Vorhaben bilden gemeinsam die Voraussetzung für die Angebotsverbesserungen im überregionalen Personen- und Güterverkehr, die am Freitag unter dem Titel «Zukünftige Entwicklung Bahnprojekte» vorgestellt wurden. Die verbleibenden rund 1,5 Milliarden können für darüber hinausreichende «Erweiterungsoptionen» verwendet werden, aber auch, um allfällige Kostenüberschreitungen bei den Alpentransversalen zu decken. Keine Bedeutung für das Angebot hat die eine Milliarde, die für Lärmschutzmassnahmen im Finöv-Fonds enthalten ist.

Indem der Bund unter Zuhilfenahme des Begriffs «Kernangebot» nicht die gesamten im Finöv-Fonds für die zweite Etappe von Bahn 2000 vorgesehenen 6 bis 7 Milliarden verplant, schafft er einen Puffer von 1,5 Milliarden. Dieser soll für Ergänzungen des «Kernangebots» eingesetzt werden, was jedoch weder zwingend noch sicher ist (vgl. Box).

2 Milliarden im Mittelland

Keinen Platz räumt das enge finanzielle Korsett einem dritten Jura-Durchstich Richtung Basel und einem zweiten Heitersberg-tunnel zwischen Mellingen und Spreitenbach vor den Toren Zürichs ein, die für sich selbst Milliardenprojekte wären. Die ZEB-Planung basiert denn auch darauf, dass die Kapazität der dortigen Flaschenhälse voll ausgeschöpft wird. In der Westschweiz und im Wallis sollen rund 600 Millionen Franken investiert werden, unter anderem in den Ausbau der Bahnhöfe Lausanne und Bern. Zwischen Lausanne und Renens sowie östlich des Hauptbahnhofs Bern sind Überwerfungen geplant. Die Reduktion der Fahrzeit zwischen der Waadtländer Kapitale und der Bundesstadt von 66 auf 54 Minuten soll vor allem durch den Einsatz von Neizeügen auf der am stärksten nachgefragten West-Ost-Magistrale erreicht werden. Um deren beschränkte Kapazität zwischen Bern und Zürich auszugleichen, sehen die SBB zwischen Freiburg, Bern und Zürich pro Stunde und Richtung einen zusätzlichen Zug vor. – Die mit 2 Milliarden grösste Summe will der Bund für einen durchgehenden vierspurigen Korridor von Olten bis vor das Heitersberg-Westportal einsetzen. Vorgesehen sind namentlich ein neuer Tunnel Däniken–Schönenwerd sowie eine weitgehend untertunnelte Neubaustrecke Ruppertswil–Mellingen. Die für 200 km/h ausgelegten Strecken sollen dazu beitragen, Biel von heute 69 auf 59 Minuten an Zürich heranzurücken. Ferner sind sogenannte Entflechtungsbauwerke bei Olten und vor dem Nordeingang des Adlertunnels zwischen Liestal und Muttenz vorgesehen.

Mehr Platz von Zürich nach Winterthur

Zwischen Zürich und Winterthur soll zusätzlich zur bereits finanzierten Überwerfung Hürlistein vor Effretikon mit 600 Millionen vor allem Platz geschaffen werden für zusätzliche Gleise: bei Kloten (Doppelspur mit Überwerfung), zwischen Hürlistein und Effretikon (viertes Gleis), zwischen Kempthal und Winterthur (drittes bzw. viertes Gleis). Ferner sollen dort wie auch andernorts die Zugfolgezeiten gesenkt werden. Für Beschleunigungen östlich von Winterthur sind 200 Millionen vorgesehen. Zürich und St. Gallen wären noch durch 57 statt wie heute



durch 65 Minuten getrennt, und die Reisezeit von Genf bis St. Gallen würde damit von vier auf dreieinhalb Stunden sinken. Angebotsseitig sind zwischen Zürich und St. Gallen pro Stunde vier Züge vorgesehen; zwei ganz schnelle und zwei, die auch die mittleren Zentren bedienen.

Während das Wallis und das Tessin durch die neuen Alpentunnel von beträchtlichen Fahrzeitverkürzungen profitieren, läuft die an sich zentral gelegene Innerschweiz Gefahr, definitiv mit dem Windschatten der immer schnelleren Züge vorlieb nehmen zu müssen. Die Reisenden sollen zwar in Luzern, wie in Genf, Lausanne, Biel, Delsberg, Visp, Interlaken, St. Gallen und Sargans, von schlankeren Anschlüssen profitieren. Die Verbindung von Zug nach Zürich aber bliebe trotz grosser Nachfrage mit zwei Einspurtunneln fragil und langsam, zumal die ZEB-Strategen zwei neue Bauwerke streichen wollen, die an sich Bestandteil der neuen Gotthard-Alpentransversale sind: den Hirzel-tunnel und den Zimmerberg-tunnel II, der die Fahrzeit Baar–Thalwil verkürzen würde.

Bis diese Pläne unter der Bundeskuppel politisch allenfalls revidiert und dann besiegelt werden können, ziehen mindestens eineinhalb Jahre ins Bahnländ Schweiz; BAV-Chef Friedli rechnet damit, dass die ZEB-Botschaft den eidgenössischen Räten 2007 vorgelegt werden kann.

INHALT

Schweiz	
Jahrestagung der humanitären Hilfe	16
Schweiz für Aufgabenüberprüfung bei der Uno	16
Jahreskongress der Schweizer Magier	17
Systemwechsel Aargauische Pensionskasse	19
Vermischtes	
Das Hochwasser erreicht Norddeutschland	21
Freispruch im Prozess gegen Dan Brown	21